

Postulat über den Zusammenhalt im Kanton Luzern

eröffnet am 9. September 2008

Die Regierung wird aufgefordert, einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton Luzern sicherstellt und voranbringt und somit den Kanton insgesamt stärkt. Die Regierung soll aufzeigen, wie sie die vom Kantonsrat verlangte «Sicherung und Förderung des Zusammenhalts des Kantons Luzern» (Kohäsion) umsetzen will.

Begründung:

Den Kanton Luzern zu stärken und gleichzeitig den innerkantonalen Zusammenhalt zu sichern ist eine Daueraufgabe. Diese muss in den nächsten Jahren, in denen der Kanton Luzern neu gegliedert und strukturiert wird, akzentuiert wahrgenommen werden. Sie ist von grundlegender Bedeutung für das Gelingen des ganzen Vorhabens. Eine Kultur des Zusammenhalts und der Nachbarschaft fällt einem gerade hier und heute nicht in den Schoss. Zusammenhalt in unserem politischen Gemeinwesen Luzern erscheint auf den ersten Blick als weicher Faktor. Sehr schnell werden fehlender Zusammenhalt, mangelndes Verständnis, die fehlende Bereitschaft zu Ausgleich oder gegenseitiger Hilfe zum harten Faktor. Ein Faktor, der uns teuer zu stehen kommen kann, wenn erwünschte politische und gesellschaftliche Prozesse verzögert, blockiert oder verunmöglicht werden.

Der Kantonsrat überwies in der Märzsession 2007 die Motion M 853, welche «die Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung und Förderung des Zusammenhalts des Kantons Luzern (Kohäsion)» verlangte. Auf der Grundlage dieses Vorstosses sowie des Planungsberichtes B 172 (Agglomerationspolitik und Politik des ländlichen Raumes) erarbeitete der Regierungsrat einen Gesetzesentwurf, um Gemeindevereinigungen in der Agglomeration Luzern und in der Region Sursee finanziell zu unterstützen. Die Regierung reduzierte die zentrale Idee des Vorstosses, nämlich den «Zusammenhalt» im Kanton Luzern zu stärken, auf die Finanzierung von Gemeindefusionen. Der Entwurf wurde im Vernehmlassungsverfahren kritisiert und auf breiter Basis abgelehnt. Das Gesetz wurde vorübergehend sistiert. Trotz der Kritik hält die Regierung daran fest, die vorgesehenen Gelder (80 Mio. Franken) nur für Fusionen zu verwenden. Die Gelder bleiben bis Ende 2010 für diesen Zweck reserviert. Bis dahin will der Regierungsrat eine neue gesetzliche Grundlage für Gemeindefusionen im ganzen Kanton Luzern vorlegen.

Mit der Beschränkung auf ein Fusionsgesetz droht der Idee, den kantonalen Zusammenhalt zu stärken, das definitive Aus. Das wollen wir nicht. Diese Überlegungen führen dazu, die Regierung aufzufordern, einen Massnahmenkatalog zu erarbeiten, der den gesellschaftspolitischen Prozess «Lozärn stärke und zäme ha» sicherstellt und voranbringt.

Gernet Hilmar

Graf Guido

Gmür-Schönenberger Andrea

Riva Guerino

Zosso Peter

Helfenstein Gianmarco

Schmid Bruno

Bühler Adrian

Schmassmann Adrian

Kunz Urs

Roth Stefan

Zängerle Pius

Brugger Kalfidis Pia-Maria

Duss-Studer Heidi

Eggerschwiler-Bättig Hedy

Chrétien Merz Jeannette

Höltschi Pius

Roos Willi Marlis

Bründler-Lötscher Bernadette

Peyer Ludwig

Schmid Bruno

Vogel Robert

Odermatt Markus

Frey-Neuenschwander Heidi

Muff Irene

Knüsel Kronenberg Marie-Theres

Bucher Franz

Arnold Erwin